

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einseitige Seite mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag. Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 117

Freitag, den 21. Mai 1926

33. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Der Reichspräsident empfing den deutschen Botschafter in Paris, v. Hoeß. — Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind in Berlin, durch eine Sitzung der technischen Unterkommision wiedereröffnet worden. — Die Volksvertreter der polnischen Rechtskoalition in Ostoberschlesien haben sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung nach Warschau ausgesprochen. — In Genf verläugte Graf Bernstorff praktische Abklärung. — Der frühere polnische Ministerpräsident, Graf Strzyński, ist zum Gesandten in London außersehen.

Die Marneeschlacht des Franken.

Mit dem Augenblick, da aus London die Nachricht kam, daß die Verhandlungen des französischen Finanzministers Pécet mit Churchill über die Regelung der Schuldenfrage offenbar zu keiner Einigung führen würde, bekam der Franken einen Ohnmachtsanfall, der in den Pariser Handelskreisen und auch in der Regierung und Bevölkerung eine hohe Erregung hervorrief. Anscheinend war der britische Finanzminister Churchill „hüft bis ans Herz hinan“, als Pécet auf ihn einredete. Churchill legt nämlich Wert darauf, eine Bestätigung des sogenannten Caillaux-Abkommens zu erhalten. Nach wie vor hält sich England daran gebunden und besteht auf der bedingungslosen Zahlung der jährlichen Rate von 12 Millionen Pfund Sterling. Aber es besteht noch eine Reihe weiterer Schwierigkeiten, die ein Einverständnis recht umständlich gestalten.

Der französische Finanzminister kam im Gilmarisch aus London zurück, um den „Franken zu stützen“. Im Beisein des Ministerpräsidenten und der Leiter der Banken besprach er die Maßnahmen, die der Währung aufhelfen sollten. Unmittelbar nachher, so erklärte er, werde er die Verhandlungen in London wieder fortsetzen. Worin bestehen nun diese Maßnahmen? Die Bank von Frankreich hat sofort starke Interventionen auf den französischen und ausländischen Börsenplätzen vorgenommen. Dadurch wurde eine geringe Besserung erzielt. Das englische Pfund konnte von 176 auf 170 gedrückt werden. Außerordentlich wurden am Mittwoch für 100 Reichsmark bis zu 850 Franken gezahlt. Die Devisenabgabe der Bank von Frankreich hat jedoch nicht lange vorgehalten. Am Nachmittag erreichte das englische Pfund schon wieder den vorigen Stand von 172 Franken. Die der Regierung nahe stehende Presse meint, dies wäre der Beginn eines großen Angriffes gegen Pfund und Dollar. Überall versucht man jetzt das Vertrauen zum Franken, das völlig zu schwinden droht, zu kräftigen. Pécet selbst prägte das Wort von der „Marneeschlacht des Franken“.

Mit solchen Schlagworten ist natürlich wenig getan. Die Lebensmittelpreise schnellen sprunghaft in die Höhe, und die ganze Lage macht den Eindruck einer in großem Umfang einsetzenden Inflation. Man munkelt von einem großen Programm der Regierung, das allmählich wirksam werden soll, aber kein Mensch glaubt daran. Man hält es eher für möglich, daß die Frankenkrisis eine Regierungskrise im Gefolge haben wird. Eine Abordnung sozialistischer Deputierter begab sich zu Briand und hat um Einberufung des Parlaments noch vor dem 27. Mai. Die Kammer soll unverzüglich einberufen werden. Dabei wird es wohl lebhaft zugehen. Es ist bereits eine Interpellation eingebracht, die Auskunft über die Maßnahmen der Frankentilgung verlangt. Mit der größten Spannung wird der Entscheidung des Ministerrats entgegengesehen. Es handelt sich dabei zunächst um die Schaffung einer Devisenzentrale. Weiter sollen Maßnahmen zur Herabsetzung und Kontrolle der Devisen-Ein- und -Ausfuhr und der Kapitalfluchtgesetze beschlossen werden.

Pécet wurde von den aufgeregten Regierungskreisen, sogar vom Präsidenten Doumergue und von Briand, derart bestrickt, daß er seinen Rücktritt anbot. Mit Entrüstung wurde er abgelehnt. „Wir sind nahe am Abgrund“, schreibt ein Pariser Blatt, „genug der Reden — Taten!“ Warum wird die Goldreserve des Landes nicht eingesetzt? — Also endlich der Schrei nach der Goldwährung. Die Währung eines Landes ist nichts anderes als die Beurteilung eines Landes seitens des Auslandes. Es ist längst erkannt, daß die Goldreserve dabei nichts zu sagen hat. Frankreich wird im Auslande nicht gut beurteilt. Woran das liegt, das mögen sich die Franzosen selbst klar machen. — Das Heut an einer Reihe von Tatsachen,

wobei Marokko und Polen ihren Anteil haben, genau so gut wie die enormen Summen, die auf Grund des Washingtoner Schuldenabkommens von Paris nach Amerika wandern sollen. Das ist das Resultat des Sieges im Weltkrieg!

Zentrum gegen Enteignung.

Rundgebung des Reichsparteivorstandes. Am Mittwoch hielt der Reichsparteivorstand des Zentrums im Reichstage eine Sitzung ab, die sich mit der Stellung der Zentrumsparlei zum kommenden Volksentscheid über die Fürstenteignung beschäftigte. Es wurde dabei folgende Entschließung gefaßt:

„In Uebereinstimmung mit den Parteigrundsätzen ist die Zentrumsfraktion des Reichstages bemüht gewesen, die Frage der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenthümern im Sinne der Gerechtigkeit und Billigkeit zu lösen. Bei dem ersten Kompromißentwurf hat sie entscheidend mitgewirkt. Dieser Entwurf hat keine Annahme gefunden.“

Die Arbeit ist gestört worden durch das eingreifende Volksbegehren, das die restlose Enteignung der Fürstenthümer forderte. Eine solche Regelung widerspricht dem in der Verfassung gewährleisteten Schutz des Privateigentums und damit einer wesentlichen Grundlage des Rechtsstaates. Darum mußte die Zentrumsfraktion zu einer Ablehnung eines solchen Vorschlagsverfuges kommen. Sie kann sich auch heute nicht auf den Boden des Volksentscheidsgesetzes stellen.

Der Reichsparteivorstand ist der Auffassung, daß eine befriedigende Lösung folgenden Voraussetzungen entsprechen muß: Die staatsrechtliche Stellung der Fürstenthümer ist grundsätzlich geändert. Sie können darum nicht im Vollbesitz bleiben, was sie als regierende Häupter in Besitz und Ausübung hatten. Was ihnen als unzweifelhaftes Privateigentum zu verbleiben hat, muß ein mit besonderen Rechtssicherheiten ansehnliches Gericht entscheiden. Die Folgen des verlorenen Krieges und der Verarmung haben die Fürstenthümer mitzutragen. Bei Aufwertungen dürfen sie nicht besser gestellt sein als andere Staatsbürger. Schenkungen, Zivillisten und ähnliche Renten müssen fortfallen.

Nur in gemeinsamer Opferthat wird das deutsche Volk sich wieder emporarbeiten können.

Der Reichsparteivorstand hat zur Zentrumsfraktion des Reichstages das Vertrauen, daß sie alles daran setzen wird, um den neuen Regierungsentwurf im Sinne dieser Leitsätze zu gestalten. Danach rechtfertigt sich unsere Erwartung, daß eine gerechte, den neuzeitlichen Verhältnissen entsprechende Lösung tatsächlich gefunden wird.

Aus diesen Erwägungen heraus erwartet der Reichsparteivorstand, daß die Zentrumsangehörigen nicht für das Enteignungsgesetz stimmen.“

Reichskanzler Marx über den Volksentscheid.

Vor den Pressevertretern erklärte Reichskanzler Marx zum Volksentscheid, daß, wenn der Volksentscheid in der Fürstenthümerfrage angenommen worden sei, auf keinen Fall der Reichstag das Recht habe, diese höchste Volksentscheidung irgendwie anzutasten. Falls die Mehrheit des Reichstages bei der Annahme des Volksentscheides sich dem Bortum dieses Entscheides glaube nicht beugen zu können, dann käme nach seiner persönlichen Ansicht nur die Auflösung des Reichstages in Frage.

Die Marinerevolte.

Dittmann gegen Brüninghaus.

Im Reichsuntersuchungsausschuß zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs erhielt der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann am Donnerstag das Wort zu einer Erwiderung auf die Ausführungen des Abg. Brüninghaus (D. Sp.) über die Marinerevolte von 1917.

Er behauptete, Brüninghaus gehe einfach an der Feststellung vorbei, daß gerade von den obersten Kommandobehörden die Parteigegegensätze in die Marine hineingetragen worden seien. Die Mannschaften hätten sich dagegen aufgebäumt, daß sie das Elend noch weiter hätten tragen sollen, nur wegen der verflügten alldeutschen Eroberungsziele. Für die Richtigkeit der Behauptungen, daß die Unterjochungsführer Terror geübt hätten, lägen viele dokumentarische Beweise vor. Korvettenkapitän Behnke, Admiralsrat Dr. Feilisch und Staatssekretär v. Capelle hätten das Verhalten des Marinetriessgerichts Dobrings in schärfster Form gerügt. Kriegserichtsrat Dr. Loesch habe die Todesurteile gegen die Matrosen Ebbs und Reichpietsch gestützt auf Aussagen des Leutnants Adams hin, den derselbe Dr. Loesch als einen Historiker und

Psychopathen bezeichnet habe. Mit Objektivität und Gerechtigkeit habe das Verfahren Dobrings und Loesch nichts zu tun. In raffinierter Weise seien die Vernehmungsprotokolle so abgefaßt worden, daß die Leute damit hineingerissen worden seien.

Ubrüstung und Sicherheit.

Deutschland gegen Giftgas- und Luftkrieg.

Die Genfer Ubrüstungskommission debattierte am Donnerstag stundenlang über die Frage: Erst Sicherheit und dann Ubrüstung oder Sicherheit durch Ubrüstung. Am Schluß dieser unfruchtbaren Aussprache ergriff auch der deutsche Vertreter,

Graf Bernstorff,

das Wort. Er betonte, daß der Gesamteindruck dessen, was er bis jetzt gehört hätte, der sei, daß man viel mehr daran denke, wie man nicht abzurüsten brauche, statt erstlich zu beraten, wie die Ubrüstung auszuführen sei. Er sei erstaunt, daß man gar nicht von jener Sicherheit spreche, die der Völkerbund selbst anbietet. Der Völkerbund habe doch den Zweck, Kriege zu verhüten, folglich könne man ja auch abrüsten. Alle anderen Kriegsfälle kämen für eine Beratung nicht in Frage. Die Debatte müsse sich demnach auf die Worte ausserkoma stützen, daß die Sicherheit gewährleistet sei.

Zur Ubrüstung selbst erklärte Graf Bernstorff, Deutschland habe auf diesem Gebiete die größte Erfahrung. Er wolle die Frage stellen, warum man nicht die Ubrüstung damit beginne, daß man jeder Luft- und Gaskrieg vorbeieitet. Es würde einen großen Eindruck auf die Welt machen, wenn ein solcher Fortschritt erreicht werde. Der belgische Vertreter habe gefordert, daß jedes Land in der Lage sein solle, seine Zivilbevölkerung gegen Luftangriffe zu verteidigen. Dies sei in Deutschland nicht der Fall, denn Deutschland dürfe keinen Schutz gegen Luftangriffe besitzen. Daran erkenne man die Einseitigkeit der bisherigen Ubrüstung.

Weiter wies Graf Bernstorff darauf hin, daß der von der Kommission aufgestellte Fragebogen viele wichtige Fragen nicht enthalte, wie vor allem die Frage des Luft- und Gaskrieges, der schweren Artillerie und der Tanks. Auf jeden Fall müßten gewisse Beweise des modernen Krieges verbieten werden, die wäre der beste Anfang für eine wirklich ernst gemeinte Ubrüstung. Man werde Deutschland stets bereit finden, jeder Regelung sich anzuschließen, die Europa und die Welt einer wirklichen Herabsetzung der Rüstungen entgegenführe.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 21. Mai 1926.

— Der Reichspräsident hat dem Generaloberst a. d. Exzellenz v. Kluck zu seinem 80. Geburtstage in einem herzlichen Schreiben seine Glückwünsche ausgesprochen.

:: Keine deutschen Kriegsgefangenen mehr im Auslande. Seit der im August 1923 erfolgten Errichtung des deutschen Konsulates in Nowosibirsk sind von diesem 216 ehemalige deutsche Kriegsgefangene, die in Sibirien freiwillig zurückgeblieben waren, ermittelt worden. Sie sind sämtlich davon unterrichtet worden, daß sie auf Reichskosten heimgeschafft werden können. Von dieser Möglichkeit haben im ganzen nur 50 Gebrauch gemacht, die, soweit sie verheiratet sind, mit ihren Familien nach Deutschland zurückgekehrt sind. Die übrigen haben entweder die Heimkehr endgültig abgelehnt oder haben noch keine oder nur eine unbestimmte Erklärung abgegeben. Mehrere ehemalige Gefangene haben die Reichsangehörigkeit aufgegeben und sind sowjetrussische Staatsangehörige geworden. Die Ansicht, daß ehemalige deutsche Kriegsgefangene wider ihren Willen in Sowjetrußland zurückgefallen würden, ist falsch.

Rundschau im Auslande.

† In Rom haben 17 Soldaten unter dem Befehl eines Offiziers den republikanischen Abgeordneten Conto überfallen und vermurdet.

† In dem Budapest Frankenfälscherprozeß ist die Beweisnahme geschlossen worden. Zur Ergänzung des Beweisverfahrens beantragte die Verteidigung, daß von Berlin französische Falsifikate, die seinerzeit im Ruhrgebiet hergestellt worden seien, herbeigeschafft werden sollten.

Rumänische Mobilmachung gegen Rußland.

† Nach Pariser Zeitungsmeldungen aus Bukarest hat die rumänische Regierung infolge der russischen Truppenansammlungen an der polnischen Grenze entsprechend den Bestimmungen des polnisch-rumänischen Vertrages eine teil-